



## Geschäftsführung Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern

Herr Neweling

Telefon: (0221) 26348

Fax: (0221) 26462

E-Mail: frank.neweling@stadt-koeln.de

Datum: 06.12.2021

### Niederschrift

über die **5. Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 08.11.2021, 17:06 Uhr bis 19:05 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

#### INFEKTIONSSCHUTZ:

Bitte melden Sie sich vorab bei der Schriftführung an! Das Tragen einer medizinischen Maske/FFP2 Maske ist vorgeschrieben.

### Anwesend waren:

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Teresa De Bellis-Olinger	CDU	
Derya Karadag	GRÜNE	
Mario Michalak	GRÜNE	
Floris Rudolph	GRÜNE	
Lukas Lorenz	SPD	
Monika Möller	SPD	
Claudia Heithorst	CDU	
Werner Marx	CDU	bis 18 30 Uhr anwesend
Christina Dumstorff		
Daniel Bauer-Dahm		
Jörg Detjen	DIE LINKE	vertritt Sarah Nimantavin
Elfi Scho-Antwerpes	SPD	vertritt Sanae Abdi

#### Beratende Mitglieder

Matthias Büschges	AfD	bis 18.30 Uhr anwesend
Birgit Beate Dickas	Die FRAKTION	
Dr. Marita Alami	Auf Vorschlag von GRÜNE	
Julie Cazier	Auf Vorschlag von GRÜNE	
Willi Harz	Auf Vorschlag von GRÜNE	
Lara Schneider	Auf Vorschlag von GRÜNE	
Dr. Helen Eckmiller	Auf Vorschlag von SPD	
Eva Pohl	Auf Vorschlag von SPD	

Eva-Maria Gärtner-Plückthun	Auf Vorschlag von CDU
Alexandra Herzog	Auf Vorschlag von FDP
Silvia Marchais-Raytchevska	Auf Vorschlag von GUT Köln
Dr. Klara Groß-Elixmann	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinderten- politik
Maria Kunz	auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Hedwig Krüger-Israel	Seniorenvertretung der Stadt Köln bis 18.30 Uhr anwesend

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Ulrich Höddinghaus	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinderten- politik
Inge Linne	auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Carine Weber	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Heinz-Peter Bourry	Seniorenvertretung der Stadt Köln

### **GPR**

Janine Pollex

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Sarah Niknamtavin	DIE LINKE wird von Jörg Detjen vertreten
Dilan Yazicioglu	GRÜNE wird vertreten von Daniel Bauer-Dahm
Sanae Abdi	Auf Vorschlag von SPD wird vertreten von Elfi Scho-Antwerpes
Susanne Groß	Auf Vorschlag von Volt

### **Beratende Mitglieder**

Paula Risius	Auf Vorschlag von SPD
Dr. Thomas Günther	Auf Vorschlag von CDU
Prof. Dr. Anja Karlshaus	Auf Vorschlag von CDU
Funda Rosenland	Auf Vorschlag von Die Linke
Katja Krämer	Auf Vorschlag von Volt
Dorsa Billstein	Auf Vorschlag des Integrationsrates

**Ausschussvorsitzende RM De Bellis-Olinger** eröffnet die 5. Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Wahlperiode 2020/2025 um 17:06 Uhr und begrüßt die Mitglieder des Gremiums, die Vertreter\*innen der Verwaltung und die Besucher\*innen sowie die Referentinnen Irmgard Kopetzky, Frauen gegen Gewalt e.V., und Carolin Brener, Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern.

Sie weist auf die Corona-Schutzbestimmungen hin und auf die Tischvorlagen hin. Ausgelegt sind eine Einverständniserklärung zur Speicherung des Immunisierungsstatus, die aktualisierte TO und die Unterlagen zu den TO-Punkten 4.3, 4.4 und 6.2.

### **Verabschiedung TO**

Die Verwaltung bittet darum, folgende Tagungsordnungspunkte aufzunehmen:

- die Antwort der Verwaltung 3757/2021 zu TOP 1.6
- die Anfragen unter TOP 1.7 ("Kinderfreizeitbonus für Kinder Alleinerziehender in Hartz IV) und
- 1.8 ("Geschlechterungleichheit bei der Nutzung öffentlichen Raums als Gender-Mainstreaming-Pilot")
- die Mitteilung der Verwaltung unter TOP 4.3 „EDELGARD (Tischvorlage)
- Beantwortung der mündlichen Anfrage zur Zunahme der Gewaltbereitschaft im Quartier Latäng unter TOP 6.2 (Tischvorlage)

Der Ausschuss beschließt die Erweiterung der TO einstimmig und es ergibt sich folgende TO:

### **Tagesordnung**

#### **I. Öffentlicher Teil**

A. Vortrag von Carolin Brener, Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern, und Irmgard Kopetzky, Bündnis Lila in Köln, zu "Gewalt an Frauen"

B. Vortrag von Bettina Mötting, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Köln, zu "Orange Days"

#### **1 Schriftliche Anfragen und deren Beantwortung**

1.1 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Therapiekonzepte für Frauen mit sexualisierter Gewalterfahrung"  
AN/1119/2021

Antwort der Verwaltung  
3214/2021

1.2 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Gleichheitsgrundsatz bei städtischen Toilettenanlagen"  
AN/1120/2021

Antwort der Verwaltung  
2331/2021

- 1.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Könnten kostenlose Unisex-Toiletten die Kölner „Toilettenungleichheit“ entschärfen?"  
AN/1869/2021

Antwort der Verwaltung  
3262/2021

- 1.4 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Sexistische Bedrohung und Gewalt im Netz"  
AN/1438/2021

Antwort der Verwaltung  
3300/2021

- 1.5 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU betreffend "Planbarkeit eines KiTa-Platzes"  
AN/1920/2021

Antwort der Verwaltung  
3353/2021

- 1.6 Anfrage von SE Maria Kunz betreffend "Bewegungsstation Trude-Herr-Park"

Antwort der Verwaltung  
3757/2021

- 1.7 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Kinderfreizeitbonus für Kinder Alleinerziehender in Hartz IV"  
AN/2325/2021

- 1.8 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Geschlechterungleichheit bei der Nutzung öffentlichen Raums als Gender-Mainstreaming-Pilot"  
AN/2323/2021

## **2 Anträge**

- 2.1 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Else-Falk-Preis jährlich verleihen!"  
AN/1838/2021

## **3 Allgemeine Vorlagen**

- 3.1 Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin für den Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern  
3339/2021

- 3.2 Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“  
1987/2021

3.3 Selbstverständlich unterschiedlich: Aktionsplan der Stadt Köln zur Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt  
2314/2021

3.4 2. Controlling-Bericht: Diversity-Konzept "2020: Köln l(i)ebt Vielfalt"  
3112/2021

#### **4 Mitteilungen der Verwaltung**

4.1 Netzwerk gegen häusliche Gewalt – Statistik 2020  
3655/2021

4.2 Ergebnisbericht und Dokumentation des Programms Mentegra: Betriebliches Mentoring für qualifizierte geflüchtete Frauen zur beruflichen Integration  
3634/2021

4.3 EDELGARD - Kampagne der Kölner Initiative gegen sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum  
3853/2021

4.4 Kostenlose Menstruationsartikel an Kölner Schulen und in städtischen Gebäuden  
3520/2021

#### **5 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen**

#### **6 Mündliche Anfragen**

6.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von SE Willi Harz in der Sitzung am 13. September 2021 zur Mitteilung 3075/2021 "Strategiepapier zu Führen in Teilzeit"  
3645/2021

6.2 Quartier Latäng - mündliche Anfrage von Monika Möller (SB) zur zunehmenden Gewaltbereitschaft  
3827/2021

## **I. Öffentlicher Teil**

**A. Vortrag von Carolin Brener, Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern, und Irmgard Kopetzky, Bündnis Lila in Köln, zu "Gewalt an Frauen"**

**B. Vortrag von Bettina Mötting, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Köln, zu "Orange Days"**

### **1 Schriftliche Anfragen und deren Beantwortung**

#### **1.1 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Therapiekonzepte für Frauen mit sexualisierter Gewalterfahrung" AN/1119/2021**

**Antwort der Verwaltung  
3214/2021**

**Mario Michalek (RM)** fragt, ob die Angebote auskömmlich und ausreichend sind oder ob es seitens der Verwaltung weiteren Bedarf gibt.

**Ausschuss-Vorsitzende Teresa De Bellis-Olinger** schlägt eine Vorlage mit Vorschlägen und Ideen an den Ausschuss vor.

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

#### **1.2 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Gleichheitsgrundsatz bei städtischen Toilettenanlagen" AN/1120/2021**

**Antwort der Verwaltung  
2331/2021**

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

#### **1.3 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Könnten kostenlose Unisex-Toiletten die Kölner „Toilettenungleichheit“ entschärfen?" AN/1869/2021**

**Antwort der Verwaltung  
3262/2021**

**Dr. Hellen Eckmiller (SE)** bedankt sich für die ausführliche Antwort und hat eine Klärungsfrage zur Antwort von Punkt 5.

Sie verweist auf die Arbeitsstätten-Regel, laut der die vorgeschriebene Mindestanzahl der Toiletten nicht unabhängig vom Geschlecht, sondern nur von der Gesamtzahl der Beschäftigten ist. Durch eine Umdeklarierung vorhandener Anlagen wird nicht die Anzahl der Toiletten insgesamt berührt. Deswegen fragt sie: Warum ist die Umdeklarierung abhängig von der vorhandenen Anzahl an Damen- und Herren-WC-Anlagen und nur möglich, wenn eine Überzahl besteht?

**RM Lukas Lorenz** bezieht sich auf den Punkt 4 der Antwort der Verwaltung:

Demnach gibt es keine gesetzlichen Vorgaben, Unisex-Toiletten einzurichten. Er fragt, ob die Annahme zutreffend ist, dass es einen Auftrag an die Politik gibt, Beschlüsse zu ändern, damit Unisex-Toiletten eingeführt werden?

Zusätzlich merkt Lukas Lorenz an, dass in Vorlage 3520/21 (s. TOP 4.4 Kostenlose Menstruationsartikel an Kölner Schulen und in städtischen Gebäuden) Unisex-Toiletten als mögliche Toiletten-Form aufgeführt sind und fragt, wie man von „keine gesetzliche Vorgabe“ zum „Aufführen von Unisex-Toiletten“ kommt.

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

#### **1.4 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Sexistische Bedrohung und Gewalt im Netz" AN/1438/2021**

##### **Antwort der Verwaltung 3300/2021**

**Alexandra Herzog, Sachkundige Einwohnerin**, bedankt sich für die ausführliche Beantwortung der Anfrage. Bezüglich der Angebote der Stadt Köln für Betroffene von sexistischer Bedrohung und Gewalt im Netz verweist die Verwaltung mit einem Link auf die Internetseite der Stadt Köln. Hier wird jedoch allgemein zum Thema Gewalt informiert und es fehlt der Hinweis auf Informationen speziell zu Gewalt im Netz und wo hiervon Betroffene Hilfe bekommen können. Weiterhin wird auf Webinare zum Thema „Digitale Gewalt gegen Frauen“ im Rahmen der Orange Days verwiesen. **Andrea Herzog** fragt, ob ein regelmäßiges Angebot geplant ist? Breitere Aufklärung kann nur durch Verstärkung des Angebots und durch regelmäßige Informationsveranstaltungen erreicht werden. Schließlich wird unter Frage fünf, in der es um den Schutz von Kindern und Jugendlichen geht, richtigerweise darauf verwiesen, dass der Fokus auf der Sensibilisierung von Schüler\*innen, Eltern und Lehrer\*innen liegen muss. Wie soll an Schulen herantreten bzw. wie sollen Schüler\*innen und ihre Eltern erreicht werden? Was ist hierzu geplant?

**Bettina Mötting, Gleichstellungsbeauftragte**, kündigt zur ersten Frage an, dass die genannte Broschüre des Kriminalpräventiven Rates so im Netz veröffentlicht wird, dass sie besser zu finden ist.

Regelmäßig bietet das Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern dem Arbeitskreis Gewalt an Frauen Schulungen zu entsprechenden Themen an. In 2021 wird im Rahmen der Orange Days eine Fachtagung „Digitale Gewalt“ organisiert. In 2022 wird für Mitarbeiter\*innen der Verwaltung über „Wissen to go“ eine weitere entsprechende Veranstaltung angeboten.

Bettina Mötting teilt mit, dass der Informationsbedarf im Arbeitskreis und bei den Beratungsstellen regelmäßig abgefragt wird und dass an dem Thema regelmäßig gearbeitet wird.

Die zuletzt gestellte Frage wird an das Jugendamt weitergeleitet.

Der Ausschuss wünscht, dass die Vorlage auch in den AVR und den Digitalisierungsausschuss geht.

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.5 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU betreffend  
"Planbarkeit eines KiTa-Platzes"  
AN/1920/2021**

**Antwort der Verwaltung  
3353/2021**

Die Antwort der Verwaltung war auch – wie vom Ausschuss gewünscht – im Jugendhilfeausschuss.

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.6 Anfrage von SE Maria Kunz betreffend "Bewegungsstation Trude-Herr-Park"**

**Antwort der Verwaltung  
3757/2021**

**Maria Kunz, Sachkundige Einwohnerin**, bedankt sich für die Beantwortung der Fragen.

Die Antworten sind für sie allerdings nicht zufriedenstellend und sie bezweifelt, dass die Nutzung tatsächlich für alle gleichermaßen möglich ist.

Sie hat zwei Rückfragen:

Wenn die Nutzer\*innengruppe nach Auffassung der Verwaltung nach allen Menschen ab 1,40 m Körpergröße inkl. Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen möglich ist: Wie berücksichtigt die Verwaltung die unterschiedlichen Bedürfnisse bei dieser doch sehr heterogenen Zielgruppe differenziert in der Planung je Gerät und gesamtheitlich je Anlage?

Wie stellt die Verwaltung konkret sicher, dass diese heterogene Zielgruppe die gesamte Anlage gleichermaßen nutzen kann, und wie wird die Annahme, dass die Nutzung für alle Menschen gleichermaßen möglich ist, anhand der tatsächlichen Nutzer\*innen überprüft?

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.



**1.7 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend  
"Kinderfreizeitbonus für Kinder Alleinerziehender in Hartz IV"  
AN/2325/2021**

Der Ausschuss stellt die Vorlage zurück.

**1.8 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Geschlechterungleichheit bei der  
Nutzung öffentlichen Raums als Gender-Mainstreaming-Pilot"  
AN/2323/2021**

Der Ausschuss stellt die Vorlage zurück.

**2 Anträge**

**2.1 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Else-Falk-Preis jährlich verleihen!"  
AN/1838/2021**

**Monika Möller, Sachkundige Einwohnerin**, teilt mit, dass während ihrer Teilnahme an der Jurysitzung zur Wahl der ersten Preisträgerin für den Else-Falk-Preis nicht nur ihr bewusst wurde, wie viele hoch engagierte Kölner Frauen diesen Preis verdient hätten. Von etlichen Jurymitgliedern, darunter auch die Oberbürgermeisterin, wurde der Wunsch laut, den Preis jährlich zu vergeben. Das habe die SPD-Fraktion mit ihrem Antrag aufgegriffen. Es ist der SPD-Fraktion bewusst, dass das bisher zur Verfügung stehende Budget nicht ausreicht und sie konstatiert erfreut, dass das Ratsbündnis im Politischen Veränderungsnachweis 25.000 Euro für den Else-Falk-Preis im Haushalt 2022 zugesetzt hat, womit offensichtlich nicht beabsichtigt wird, eine jährliche Preisvergabe anzustreben. Es sieht eher danach aus, den für das Verfahren von der Verwaltung benötigten gestiegenen Verwaltungsaufwand zu decken. Deshalb hält die SPD-Fraktion ihren Auftrag aufrecht, da es darum geht – so Monika Möller –, möglichst viele verdiente Frauen zu würdigen, statt sich mit einer Ungleichgewichtung zugunsten eines erhöhten Verwaltungsaufwandes abzufinden.

**Derya Karadag (RM)** äußert, dass der Else-Falk-Preis als Kölner Frauenpreis der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein sehr wichtiges Anliegen ist. Der Preis ist ein Alleinstellungsmerkmal der Stadt. Deswegen war es dem Bündnis wichtig, den Preis mit ausreichenden Mitteln auszustatten. Und es war der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wichtig, den Zusatz im Politischen Veränderungsnachweise zu verankern. Bei dem Zusatz von 25.000 Euro handelt es sich nicht ausschließlich um gestiegene Verwaltungskosten. Von daher betont Derya Karadag ausdrücklich, von der Quantität eine andere Gelddimension einzuspeisen und dem Preis dadurch eine andere Wichtigkeit zu verleihen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützt den Antrag nach einer jährlichen Vergabe des Preises nicht. Stattdessen stellt sie die erhöhten Mittel im Haushalt zur Verfügung und schaut, wie sie im nächsten Jahr damit umgeht, wie die Ausgestaltung und wie die Bewerbung sein sollen und würde dann in 2022 entscheiden, wie es weitergehen soll.

**Werner Marx (RM)** gibt an, dass die CDU-Fraktion den Antrag nicht unterstützt. Der Else-Falk-Preis ist bisher nur einmal verliehen worden und es muss sich erst mal eine Routine in der Preisgestaltung einstellen. Der Heinrich-Böll-Preis zum Beispiel wurde ursprünglich jedes Jahr verliehen und seit 1992 jedoch nur alle zwei Jahre vergeben. Eine gewisse Wertigkeit muss gewährleistet sein und es darf nicht der inflationäre

Gedanke einer Preisvergabe im Raum stehen. Für die Zukunft macht es Sinn, zu schauen, wie sich die Preisgestaltung entwickelt.

**Monika Möller, Sachkundige Einwohnerin**, nimmt Bezug zur Mitteilung von Derya Karadag und fragt, ob der Preis inzwischen höher dotiert werden soll? Dies haben sie so rausgehört.

**Derya Karadag (RM)** antwortet, dass die 25.000 Euro Geldmittel nicht nur für höhere Verwaltungsausgaben verwendet werden und es aus ihrer vorherigen Äußerung nicht hervorgeht, die Dotierung zu erhöhen. Dies habe sie nicht gemeint und sie könne dies auch nicht verfügen.

**Jörg Detjen (RM)** fragt nach, wofür das Geld ausgegeben werden soll, wenn eine Verbesserung eingestellt wird, und wenn der Preis nicht jährlich ausgeschrieben wird.

Es ist aus seiner Sicht unklug, wenn der Ausschuss sich über diese Sache zerstreitet. Er schlägt als Versuch einer Verständigung die Formulierung vor, dass eine jährliche Vergabe angestrebt wird. Er betont, dass es nicht unstrittig sei, dass es sich bei dem Gleichstellungsausschuss um einen wichtigen Ausschuss handelt.

**Ausschuss-Vorsitzende Teresa De Bellis-Olinger** weist darauf hin, dass der Haushalt morgen verabschiedet werden soll. Dann kann der Ausschuss auch politisch Fahrt aufnehmen.

Mit Blick auf die Diskussion über den Antrag findet auch sie als Vorsitzende, dass die Wertigkeit im Vordergrund stehen soll.

**Bettina Mötting** teilt mit, dass sich der Betrag von 25.000 Euro über den politischen Veränderungsnachweis auf zwei Jahre bezieht. Damit sind gerade die jährlichen Kosten gedeckt. In der Vergangenheit konnte das eingestellte Geld nicht die tatsächlichen Kosten decken und das Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern hat die Differenzbeträge durch Verzicht bei anderen Projekten finanziert. Über den politischen Veränderungsnachweis ist nun ein Ausgleich der anstehenden Kosten gewährleistet.

**Mario Mischalak (RM)** glaubt, dass der Antrag zu früh kommt und schlägt ein gemeinsames Gespräch aller Fraktionen und mit der Verwaltung vor, um zukünftig einen gemeinsamen Beschluss zu fassen.

**Monika Möller, Sachkundige Einwohnerin**, freut sich über das Gesprächsangebot und das Interesse, irgendwann einen Aufschlag zu machen, den die SPD-Fraktion dann auch begrüßen würde.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der CDU-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion.

### **3 Allgemeine Vorlagen**

#### **3.1 Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin für den Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern 3339/2021**

Der Ausschuss beschließt die Vorlage einstimmig.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern bestellt für die restliche Wahlperiode des Rates 2020 bis 2025 Laura Springorum zur stellvertretenden Schriftführerin.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen

**3.2 Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“  
1987/2021**

**Dr. Marita Alami (Sachkundige Einwohnerin)** begrüßt, dass die Kölner Stadtstrategie nun im Rat beschlossen werden soll. Aus gleichstellungspolitischer Sicht ist es allerdings schade, dass trotz zahlreicher Eingaben in diversen Beteiligungsformaten Gender- und Geschlechtergerechtigkeit nicht in den Zielen und Maßnahmen vorkommen.

Im Sinne von Gender Planning, wie es in der heutigen Sitzung durch Maria Kunz in ihrer Anfrage hervorragend erklärt wird, und wie es die Ausschuss-Vorsitzende Teresa De Bellis-Olinger bei der konstituierenden Sitzung des Ausschusses als wichtiges Ziel für die Arbeit des Gleichstellungsausschuss herausgestellt hat, ist nun zu hoffen, dass bei der weiteren Arbeit auf Grundlage der Stadtstrategie auch das fünfte UN-Nachhaltigkeitsziel „Geschlechter-Gleichstellung“ ernst genommen wird. Dr. Marita Alami betont, dass der Gleichstellungsausschuss ein Auge darauf hat.

**Lukas Lorenz (RM)** teilt mit, dass die SPD-Fraktion, die Vorlage ohne Votum schieben möchte.

**Jörg Detjen (RM)** weist darauf hin, dass Änderungsanträge fraktionsübergreifend gestellt und im Dezember im Stadtentwicklungsausschuss und im Rat behandelt werden können.

Ausschuss beschließt, dass die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien geht.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln

- (1) nimmt die Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“ zur Kenntnis und erkennt sie als Kompass für die zukünftige Stadtentwicklung an.
- (2) beschließt das Zielgerüst der „360-Grad-Perspektive“ als handlungsleitend für Politik und Verwaltung der Stadt Köln.
- (3) legt fest, die 5 Zielkarten der „Stadräumlichen Perspektive“ bei künftigen Planungen der Verwaltung zu berücksichtigen und zu konkretisieren.
- (4) beauftragt die Verwaltung, eine einjährige Testphase durchzuführen, während dieser alle relevanten Verwaltungsvorlagen mit einer Bewertung versehen werden, die angibt, ob die jeweilige Vorlage zur Zielerreichung (Zielgerüst der Stadtstrategie) beiträgt und/oder Zielen widerspricht. Nach einem Jahr wird evaluiert, ob die Kennzeichnung in den Vorlagen fortgeführt oder ggf. angepasst wird.
- (5) beauftragt die Verwaltung die Stadtstrategie zu operationalisieren und entlang der „Vorschläge für Handlungsempfehlungen“ durch das - die Umsetzung steuernde - Stadtentwicklungsteam Schlüsselprojekte zu definieren.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig ohne Votum in die nachfolgenden Gremien

### **3.3 Selbstverständlich unterschiedlich: Aktionsplan der Stadt Köln zur Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt 2314/2021**

**Monika Möller, Sachkundige Einwohnerin**, teilt mit, dass die SPD-Fraktion vorschlägt, über die Vorlage wie im Sozialausschuss beschlossen zu beschliessen.

Die Beschlussvorlage ist so angenommen worden.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln begrüßt den LSBTI-Aktionsplan mit dem Titel: „Selbstverständlich unterschiedlich: Aktionsplan der Stadt Köln zur Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“ als erstes kommunales Handlungskonzept zum Abbau von Diskriminierung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI) in Köln und nimmt diesen zur Kenntnis.

Der Rat beauftragt die Verwaltung,

- die im vorliegenden LSBTI-Aktionsplan beschriebenen Maßnahmen umzusetzen,
- ein Controlling für den Implementierungsprozess zu entwickeln und dieses durchzuführen,
- den LSBTI-Aktionsplan fortzuschreiben und dabei Maßnahmen unter Einbeziehung der Expert\*innen der LSBTI-Communities weiterzuentwickeln

und somit die Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt sowie die Berücksichtigung der spezifischen Bedarfe von LSBTI-Menschen als Querschnittsaufgabe auf allen Ebenen der Stadtverwaltung weiter zu etablieren.

Für die Umsetzung einzelner Maßnahmen, die mit der Zusetzung von Personal oder Finanzmitteln verbunden sind, sind gesonderte Entscheidungen der zuständigen politischen Gremien (Fachausschüsse oder Rat) herbeizuführen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen

### **3.4 2. Controlling-Bericht: Diversity-Konzept "2020: Köln I(i)ebt Vielfalt" 3112/2021**

### **Beschluss:**

1. Der Rat nimmt den vorliegenden 2. Controlling-Bericht (2018 - 2021) des Diversity-Konzeptes „2020: Köln I(i)ebt Vielfalt“ zur Kenntnis.
2. Der Rat beschließt vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung,
  - a. dass die aus dem Controlling-Bericht als priorisierte Maßnahme „Diversity Check – Ist-Analyse“ im Haushaltsjahr 2022 umgesetzt wird.

- b. dass die Ergebnisse der Analyse sowie daraus abgeleitete Handlungsempfehlungen dem Rat der Stadt Köln nach Abschluss der Erhebung vorzulegen sind.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen

## **4 Mitteilungen der Verwaltung**

### **4.1 Netzwerk gegen häusliche Gewalt – Statistik 2020 3655/2021**

**Monika Möller (Sachkundige Einwohnerin)** teilt mit, dass sich während der Pandemie in 2020 die Zahl der Opfer von häuslicher Gewalt um ca. sechs Prozent erhöht hat. In der Kooperation der Frauenhäuser zeigte sich, dass die Unterbringungssituation dort unzureichend ist und sich durch die aktuelle Situation noch verschlechtert. Bereits vor einem Jahr hat der Rat zusätzliche Frauenhausplätze beschlossen sowie die notwendigen Personalstellen bewilligt. Bezogen auf das erste Kölner Frauenhaus droht aktuell laut „Frauen helfen Frauen“ die Unterfinanzierung von einer Personalstelle aufgrund der Umstellung der Finanzierung auf Platzpauschalen. Damit würde eine zusätzliche Verschlechterung der Versorgungslage von Frauen in Kölner Frauenhäusern eintreten.

Die SPD-Fraktion hat dazu eine Anfrage im Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren gestellt und bittet darum, dass die Antworten dem Gleichstellungsausschuss mitgeteilt werden

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

### **4.2 Ergebnisbericht und Dokumentation des Programms Mentegra: Betriebliches Mentoring für qualifizierte geflüchtete Frauen zur beruflichen Integration 3634/2021**

**Mario Michalek (RM)** bewertet den Bericht sehr positiv. Es handelt sich um sinnvolles und erfolgreiches Programm und er spricht sich für eine weitere Finanzierung aus.

**Nurcan Gottschalk, Projektleiterin Mentegra**, freut sich über die positive Resonanz auf die Mitteilung. Jüngst hat das Ministerium mündlich zugesichert, dass die Kompetenzzentren Frau und Beruf bis zum 31. Oktober 2022 über EFRE und Landesmittel weiter gefördert werden. Ab dem 1. November 2022 soll über vorgegebene Themen-Cluster ein zuwendungsrechtlicher Wettbewerb gestartet werden, um Themen weiter zu verstetigen und zu fördern.

**Eva Pohl (Sachkundige Einwohnerin)** teilt mit, dass die SPD-Fraktion sich auch unabhängig vom Land für eine Weiterführung des Projektes ausspricht.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis und bittet die Verwaltung darum, die Mitteilung für die folgenden Gremien um den aktuellen Sachstand zu ergänzen.

#### **4.3 EDELGARD - Kampagne der Kölner Initiative gegen sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum 3853/2021**

**Bettina Mötting** erläutert, dass sich die Arbeit der Kölner Initiative gegen sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum stetig weiterentwickelt und noch mehr Aufklärungsarbeit leistet. Deswegen sollen mit den Social Spots die Zielgruppen Frauen und Mädchen angesprochen und auch neue „Schützende Orte“ gewonnen werden.

Derzeit gibt es 175 schützende Orte.

**Derya Karadag (RM)** teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen meint, dass der Bekanntheitsgrad von EDELGARD gesteigert werden muss und gerne daran mitwirkt.

Sie schlägt vor, dass die Mitteilung zu EDELGARD auch in den Jugendhilfeausschuss, den Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren sowie in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung gehen soll.

**Claudia Heithorst (RM)** fragt, welche Erfahrungen/Feedbacks es von den schützenden Orten gibt.

**Bettina Mötting** weist auf einen Evaluationsbericht zu EDELGARD hin, den die Verwaltung den Mitgliedern des Ausschusses zur Verfügung stellt. Dieser Bericht war in der vergangenen Ratsperiode im AVR. Des Weiteren betont sie die Aufgabe von EDELGARD, Aufklärungsarbeit zu leisten und Sexualisierte Gewalt zu thematisieren.

**Maria Kunz, Sachkundige Einwohnerin,** fragt, ob sich das Projekt über sexualisierte Gewalt auch um andere Gewaltformen erweitern ließe.

**Bettina Mötting** erinnert daran, dass EDELGARD nach den Übergriffen, die in der Silvesternacht 2015/2016 stattgefunden haben, gegründet wurde und weist darauf hin, dass der „Gewaltbegriff“ nicht so eng zu definieren ist; wenn eine Frau bedroht wurde, kann sie immer einen „EDELGARD schützt-Ort“ aufsuchen.

**Ausschussvorsitzende Teresa De Bellis-Olinger** schlägt vor, im Ausschuss über EDELGARD zu berichten.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

#### **4.4 Kostenlose Menstruationsartikel an Kölner Schulen und in städtischen Gebäuden 3520/2021**

**Lukas Lorenz (RM)** stellt klar, dass es sich vorliegend um einen Antrag und nicht um eine Anfrage handelt.

In Sekretariaten vorgehaltene Menstruationsartikel sind nicht frei zugänglich, wie es sinnvoll wäre. Deswegen ist der Antrag gestellt worden.

In der Mitteilung der Verwaltung steht mehrfach das Wort „opportun“. So steht zum Beispiel unter Punkt 1, zweiter Absatz, es ist nicht opportun, in den Toiletten Menstruationsartikel auszulegen. **Lukas Lorenz** fragt, was in diesem Zusammenhang das Wort opportun bedeuten soll und bittet die Verwaltung um eine Erklärung. Des Weiteren fragt er, warum nicht angestrebt wird, Artikelspender in Sanitärräumen aufzustellen. Die Auslage in Sekretariaten reicht nicht aus.

Auch in der Antwort unter Punkt 2 steht, dass es nicht „opportun“ ist, Hygieneartikel auszulegen. **Lukas Lorenz** bittet die Verwaltung darum, zu erklären, was daran nicht opportun ist, Hygieneartikel auszulegen.

**Lukas Lorenz** hält fest, dass zuvor in der Vorlage (s. TOP 1.3 Vorlage 3262/2021) keine gesetzliche Notwendigkeit für Unisex-Toiletten gesehen wird und hier auf Seite vier festgestellt wird, dass Menstruationsartikel auf allen Toiletten angeboten werden sollen. Dabei spricht die Verwaltung hier auch von Unisex-Toiletten. Gibt es jetzt plötzlich doch Unisex-Toiletten?

**Lukas Lorenz** hält abschließend fest, dass der Betrag in Höhe von 850.000 Euro für Menstruationsartikel-Spender in den nächsten Haushaltsplanberatungen mitberücksichtigt wird.

Er schlägt vor, die „Antwort“ der Verwaltung in den nächsten Ausschuss zu schieben und hofft auf Beantwortung der Fragen und fragt, ob die Verwaltung einen weitergehenden Beschluss benötigt, um in Schulen Menstruationsartikel-Spender aufzustellen.

Der Ausschuss bittet die Verwaltung um Aufgreifen der angesprochenen Punkte in einer überarbeiteten Antwort und stellt die Vorlage zurück.

## **5 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen**

## **6 Mündliche Anfragen**

### **6.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von SE Willi Harz in der Sitzung am 13. September 2021 zur Mitteilung 3075/2021 "Strategiepapier zu Führen in Teilzeit" 3645/2021**

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

### **6.2 Kwartier Latäng - mündliche Anfrage von Monika Möller (SB) zur zugekommenen Gewaltbereitschaft 3827/2021**

**Monika Möller (Sachkundige Einwohnerin)** bedankt sich für die Antwort einschließlich der Schilderung der Geschäftsführerin. Das sind klare Worte in Bezug auf verbale und körperliche Übergriffe auf weibliche Gäste. Die Geschäftsführerin sieht die Situation im Kwartier Latäng insgesamt sehr kritisch und regt an, EDELGARD weiter öffentlich bekannter zu machen und ihren Mitarbeitenden Auffrischungsseminare anzubieten. Angesichts der bevorstehenden Karnevalssession sollte alles unternommen werden, um deeskalierend einzuwirken.

**Monika Möller** fragt, ob es diesbezüglich ein Konzept für die Feierhotspots im Kwartier Latäng oder in der Schaafenstraße gibt und was im Hinblick auf die Bitten der Briefschreiberin geplant ist?

Die SPD-Fraktion bittet darum, die Antworten auch in den AVR zu geben.

**Frank Neweling, Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern**, berichtet, dass es im Kwartier Latäng elf EDELGARD schützt-Ort gibt. Innerhalb der Kölner Initiative gibt es Überlegungen, 2022 in Abstimmung mit der Gastronomie bzw. den elf

EDELGARD-schützt-Orten Maßnahmen durchführen, um auf das Thema „Sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum“ aufmerksam zu machen.

Die Situation vom Sommer hat sich durch zwischenzeitlich geöffnete Clubs und Kneipen und auch durch das herbstlichere Wetter entspannt. Am 11.11. ist das EDELGARD mobil am Barbarossaplatz im Einsatz.

Das Team der Geschäftsführerin erhielt Angebote für Schulungen zu „EDELGARD“.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis und bittet darum, sie auch in den AVR zu geben.

### **Mündliche Anfragen in der Sitzung**

**Elfi Scho-Antwerpes (RM)** empfiehlt zur Geschlechtergleichstellung ein „Sternchen“ bei Frauen und bei Männern – in der Bezeichnung „Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern – zu verwenden.

**Floris Rudolph (RM)** hält entgegen, die Verwendung des Sternchen sei trans- und interfeindlich, weil es symbolisieren würde, dass es Männer und Frauen gibt und unter Frauen etwas konkludiert wird, was nicht richtig weiblich ist, obwohl Transfrauen oder Menschen, die sich als Frauen oder als weiblich definieren, trotzdem Frauen sind. Deswegen könne der Ausschuss das Sternchen weglassen, weil es das Gegenteil von dem bedeutet, was der Ausschuss ausdrücken wolle.

**Derya Karadag (RM)** weist darauf hin, dass der Ausschuss sich bei der Satzung und der Initiierung des Ausschusses nach dem Landesgleichstellungsgesetz auf die Formulierung „Frauen und Männer“ ohne Sternchen geeinigt hat.

**Silvia Marchais-Raytchevska (Sachkundige Einwohnerin)** fragt nach, wo die Zuständigkeitsordnung nachzulesen ist.

Frank Neweling sichert zu, den Link auf die Zuständigkeitsordnung zu verschicken.

**Ausschussvorsitzende RM Teresa De Bellis-Olinger** beendet die Sitzung um 19.05 Uhr.

---

Teresa De Bellis-Olinger  
Ausschussvorsitzende

---

Frank Neweling  
Schriftführer